Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Laden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 7.10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½9 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 42. | Dresden, Donnerstag den 20. Februar 1919. | 30. Jahrg.

Die erste Rednerin im deutschen Parlament.

Aus Weimar wird uns berichtet: Es ist der Triumph der Revolution, daß sie die Bollwerke der Reaktion niederwarf und der Demokratie die Tore öffnete. Die von der Sozialdemokratie seit Jahrzehnten mit Kraft verfochtene Forderung auf Gewährung des Frauenwahlrechts hat gesiegt. Keine Partei wagt heute mehr, nachdem die Frauen in der Kriegszeit so gewaltige Leistungen vollbracht und mit Heroismus all die furchtbaren Leiden und Nöte der Kriegszeit getragen haben, das Frauenwahlrecht anzutasten. Gestern kam im deutschen Parlament zum ersten Male eine Frau, unsere Genossin Marie Juchacz zu Wort. Eine Sozialdemokratin, ein Kind des Volkes stand auf der Tribüne der Nationalversammlung und sprach für die große Aufgabe der Demokratie. Marie Juchacz, die seit einigen Jahren an leitender Stelle im Parteivorstand sitzt, ist ein lebendiges Beispiel dafür, daß im Volke ungemein wertvolle Kräfte schlummern, die nur geweckt zu werden brauchen, um sie zum Segen des Volkes in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Ihre Rede war klug und ihr Angriff gegen die Reaktion von rechts und links saß, ohne daß sie mit Wort oder Gebärde verletzend wirkte. Das Haus war stark besucht und hörte mit gespannter Aufmerksamkeit. Unter starkem Beifall des Hauses schloß sie. Sie sprach nicht und nicht nur für eine Partei — sie sprach im Namen der Frauen!

Schüsse auf Clemenceau.

Paris, 19. Februar. Ein Funkspruch vom Eiffelturm sagt über den Anschlag auf den französischen Ministerpräsidenten Clemenceau mit: Heute morgen gegen 9 Uhr, in dem Augenblick, als Clemenceau von seinem Hause kommend, in Kraftwagen die Ecke an der Franklinstraße passierte, wurde ein Anschlag auf ihn verübt. Es wurden auf den Ministerpräsidenten mehrere Revolverschüsse abgegeben, die ihn jedoch nur leicht verletzten. Ganz ruhig kehrte er nach Hause zurück und sagte zu seiner Umgebung: Das ist nichts. Er zeigte keinerlei Erregung. Polizisten bemächtigten sich eines Unbekannten, der zu entkommen versuchte, aber von Vorübergehenden festgehalten wurde. Der Festgenommene erklärte, Paitin zu heißen. Clemenceau konnte zu Fuß nach Hause zurückkehren. Sein Zustand ist keineswegs besorgniserregend.

Paris, 19. Februar. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß Clemenceau am rechten Schulterblatt getroffen wurde. Innere Organe sind nicht verletzt.

Nach einer andern Meldung ist der Attentäter ein gewisser Cottin aus Compiègne.

•

Clemenceau ist der weithin sichtbare Repräsentant einer Politik, die nicht zuletzt in der Aufreizung des französischen Volkes gegen das deutsche ihr Ziel sah und die auch in Zukunft eine ernste Gefahr für den Frieden Europas sein wird. Während des Krieges war Clemenceau die Peitsche, die Volk und Regierung Frankreichs immer von neuem gegen Deutschland aufstachelte. Als er dann selbst in die Regierung eintrat, zwang er Frankreich vollends in den Kurs seiner Politik, die ihm den Beinamen „der Tiger" eingetragen hatte. Sein Werk war die Hinrichtung Malvys, der, ohne daß es ihm restlos bewiesen werden konnte, mit angeblich deutschem Gelde in der Schweiz ein Bureau zur Agitation für einen Verständigungsfrieden unterhalten haben sollte. Clemenceaus Opfer war der Pazifist Almereyda, der, wegen seiner Friedensbestrebungen eingekerkert, in seiner Zelle mit durchschnittener Kehle aufgefunden wurde. Clemenceaus Werk war auch die Einkerkerung Caillaux' der der Sympathie für einen Frieden der Verständigung verdächtig war.

Es ist noch nicht aufgeklärt, ob der Anschlag auf Clemenceau ein Akt der Vergeltung für seine Taten ist. Gleichviel aber von welcher Seite aus und aus welchen Gründen das Attentat begangen wurde — von ihm gilt, was die Sozialdemokratie immer über politische Attentate gesagt hat: sie sind nicht das Mittel, die dem erstrebten Ziele dienen. Personen können Träger eines verhaßten Systems sein, sie sind nie das System selbst. Und ihr Tod beseitigt das System nicht, sondern schafft ihm nur Märtyrer und glorifizieren es. So würde auch, selbst wenn Clemenceau unter diesen Schüssen gefallen wäre, die von ihm vertretene Politik nicht ausgerottet sein. Eher kann das Attentat Wasser auf die Mühlen derer um Clemenceau treiben. Vielleicht sind die Schüsse Sturmzeichen einer in Frankreich gärenden Stimmung — ihre Wirkung aber kann sein, die Politik zu festigen, die sie bekämpfen, mit ungeeigneten Mitteln bekämpfen wollten.

Die Kritik des Wirtschaftsplans.

In der sächsischen Parteipresse wird an dem von Kranold aufgestellten Wirtschaftsplan die schärfste Kritik geübt. Die Zwickauer Volksstimme spricht von einer verunglückten Doktorarbeit. Sie schreibt u. a.:

Der Entwurf zu einer Denkschrift über die Sozialisierung Sachsens, der von Kranold, Dr. Neurath und M. Schumann ausgearbeitet und veröffentlicht worden ist, trägt alle Merkmale der jetzt grassierenden Sozialisierungsepidemie, der besonders junge Akademiker und solche Arbeiterräte zum Opfer fallen, die im stürmischen Wirbel der Zeit noch keinen festen Halt gefunden oder den Boden unter den Füßen verloren haben. Wie kaum ein andres deutsches Wirtschaftsgebiet ist gerade Sachsen auf die Zu- und Ausfuhr angewiesen. Wer glaubt denn, oder wer wagt die Beweisführung, daß Sachsen bei unverzüglicher und restloser Sozialisierung in der Lage sein würde, diese lebensnotwendige Zu- und Ausfuhr aufrecht zu erhalten? Dazu kommt, daß der ausschlaggebende Teil der sächsischen Industrie Exportindustrie ist, die sich für die Sozialisierung am schlechtesten und sicher zu allerletzt eignet. Daß sozialisierte Betriebe, und demgemäß auch das gesamte sozialisierte Sachsen im Anfangsstadium viel teurer arbeiten und produzieren müßte, als die Sachsen umgebende privatkapitalistische Welt, weiß jeder, der auch nur einigermaßen mit dem Problem sich ernsthaft befaßt hat. Nun glauben Kranold und Genossen, nicht nur das Reich, sondern die ganze Welt werde Sachsen sofort folgen. Welch eine Studierstubenphantasie! Sachsen müßte einfach, wenn es den Kranold und Genossen folgen würde, zur primitivsten Eigenwirtschaft zurückkehren, nicht aber auf der Bahn des Fortschritts weiter wandeln.

Auch die Freie Presse in Leipzig macht sehr erhebliche Einwendungen gegen die Anschauungen der Genossen Kranold, Neurath und Schumann. Auch dieses Blatt hegt Zweifel daran, daß es möglich sein könnte, die Sozialisierung so schnell durchzuführen, wie das Kranold, Schumann und Neurath für möglich halten. Das Blatt schreibt:

Kranold aber unterläßt in seinem Programmentwurf jede Erklärung über die Möglichkeit einer sofortigen Sozialisierung. Er meint, es begreife sich für jeden Marxisten von selbst, daß erst eine neue Wirtschaftsordnung die Errungenschaften der Revolution in jeder Hinsicht sicherstellen könne; es müsse unverzüglich das gesamte sächsische Wirtschaftsleben sozialisiert werden. Darüber muß sich allerdings jeder Marxist im klaren sein, daß die Revolution erst vollendet und gesichert sein wird, wenn die Grundlage aller staatlichen Ordnung, das Wirtschaftsleben, in sozialistischem Sinne umgestaltet sein wird. Die Frage ist aber eben die, ob die sofortige Sozialisierung möglich ist. Diesen Beweis erbringt aber auch der Kranoldsche Programmentwurf nicht. Für Kranold gestaltet sich die Sache im Gegenteil so einfach, daß er glaubt, die Sozialisierung im Rahmen des kleinen sächsischen Bundesstaates unabhängig von dem übrigen Deutschland durchführen zu können. Das ist ein Optimismus, der sich wohl nur daraus erklärt, daß Kranold und seine Mitarbeiter die sofortige Durchführung der Sozialisierung überhaupt für eine einfache Sache halten.

Auch die Freie Presse glaubt nicht, daß es möglich sein könnte, die Sozialisierung in einem Teilstaat wie Sachsen mühelos durchzuführen. Sogar die Leipziger Volkszeitung zweifelt daran, daß man in Sachsen eine umfassende Sozialisierung werde durchführen können, und zwar meint sie, daß die Sozialisierungsarbeit in einem Bundesstaate von der Reichsregierung niemals geduldet werden würde.

Wir haben unsre Bedenken gegen den Kranoldschen Sozialisierungsplan bereits dargelegt. Wir glauben, aus rechtlichen und volkswirtschaftlichen Gründen nicht, daß man in einem Teilstaat wie Sachsen eine umfassende Sozialisierung vornehmen kann. Ferner teilen wir immer noch die bisher in der Sozialdemokratie herrschende Anschauung, daß die Sozialisierungen nur allmählich und schrittweise durchgeführt werden können. Die Genossen Neurath, Kranold und Schumann haben uns bisher noch nicht davon überzeugen können, daß diese Ansicht falsch ist. Unsres Erachtens ist die Frage, ob mehr oder weniger schnell sozialisiert werden kann, eine Frage, die sich überhaupt nicht auf dem Papier, sondern nur durch die praktische Erfahrung endgültig beantworten läßt. Niemand würde sich mehr darüber freuen als wir, wenn uns durch den Lauf der Dinge gezeigt würde, daß die in der Partei bisher herrschende Anschauung über das Tempo der Sozialisierung falsch war. Jeder wirkliche Sozialdemokrat müßte es begrüßen, wenn wir schon in wenigen Jahren oder Monaten eine umfassende Sozialisierung durchführen könnten. Aber wir halten es für gefährlich, wenn man vorher den Arbeitern mit einer solchen Bestimmtheit, wie es Kranold und Neurath tun, versichert, daß eine rasche Sozialisierung möglich sei; kann dann, wie wir befürchten, dieses Versprechen nicht gehalten werden, so werden die Volksmassen auf das schwerste enttäuscht, und man braucht sich dann wirklich nicht zu wundern, wenn die Leute vom Schlage unsrer spartakistischen Wirrköpfe bei der Arbeiterschaft leichtes Spiel haben.

Darin stimmen wir gewiß mit den Genossen Kranold und Neurath ein, daß unverzüglich mit dem Sozialisieren begonnen werden muß, d. h. daß diejenigen Schritte auf dem Wege zum Sozialismus getan werden müssen, die man geben kann, ohne daß man Gefahren für unser Wirtschaftsleben heraufbeschwört. Aber vor allen Experimenten werden wir uns hüten müssen. Das deutsche Volk ist zu arm, als daß es heute noch Verluste, die ihm durch fehlgeschlagene Reformversuche zugefügt werden, ertragen könnte. Auch wir wünschen, daß die sächsische Regierung die Anregungen, die von den Verfassern des Wirtschaftsplans gegeben werden, in Erwägung zieht. Vielleicht kann den in Frage kommenden Genossen Gelegenheit gegeben werden, ins Einzelne gehende praktische Vorschläge zu machen. Dann werden wir ja sehen, was sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen durchführen läßt.

Genosse Neurath hat die Hoffnung, daß es ihm gelingen wird, auf Grund [illegible] der Arbeiterschaft herbeizuführen. Wir glauben, daß diese Hoffnung auch dann nicht in Erfüllung gehen würde, wenn sich wirklich die mehrheitssozialistische Partei ohne weiteres auf den Standpunkt von Kranold und Neurath stellte. Die Herren von der Unabhängigen Partei wollen keine Einigung, und wenn wir noch so schöne Wirtschaftspläne aufstellen, so werden sie einfach erklären, daß wir uns nicht trauen. Das kann man auch bei dieser Gelegenheit wieder aus dem Verhalten der Leipziger Volkszeitung ersehen, die es für einen großen Fehler des Kranoldschen Entwurfs hält, daß dort nicht für einen besseren Schutz der Arbeiterräte gegen die Bourgeoisie eingetreten wird, und dann erklärt, daß die Politik der Rechtssozialisten das Kranoldsche Programm zu einem bloßen Schaustück herabdrücke. Die Praxis wird, so meint die Leipziger Volkszeitung, bald zeigen, was auf dts Kranoldsche Schaustück zu geben sei.

Wenn man das hochnäsige Getue der Leipziger Volkszeitung sieht, so könnte man glauben, die Unabhängigen seien sich darüber einig, daß die Sozialisierung rasch durchgeführt werden könne. Das ist aber bekanntlich nicht der Fall. Erst vor einiger Zeit hat einer der Führer der Leipziger Unabhängigen, der Genosse Lipinski, nach einem Bericht der Leipziger Volkszeitung in einer Versammlung gesagt, der Kapitalistenstaat könne nicht mit einem Schlage, sondern erst nach und nach auf dem Wege organischer Entwicklung umgebildet werden. Daß die theoretischen Führer der unabhängigen Partei, vor allen Dingen Kautsky auch die Meinung ausgesprochen haben, daß nur von einer allmählichen Spezialisierung die Rede sein könne, ist bekannt. Neurath hat sich ja ausdrücklich gegen Kautsky gewendet.

Wenn also die Leipziger Volkszeitung durchaus das Bedürfnis hat, gegen Leute zu Felde zu ziehen, die die Sozialisierung nur allmählich glauben durchführen zu können, so würden wir ihr dringend empfehlen, zunächst erst einmal dafür zu sorgen, daß in ihrer eigenen Partei mit solchen Leuten aufgeräumt wird. Erst wenn sie mit den Kautsky und Lipinski, die auch nicht glauben wollen, daß die Welt in kurzer Frist mit dem Sozialismus beglückt werden könne, fertig geworden ist, hat sie die Berechtigung, sich über die Mehrheitssozialisten zu entrüsten, die in der Sozialisierungsfrage dieselben Anschauungen haben wie die unabhängigen Führer Kautsky und Lipinski.

•

Ueber die Stellung der sächsischen Regierung zu der Denkschrift über die Sozialisierung Sachsens meldet die Sächsische Staatszeitung:

„In letzter Zeit sind in der sächsischen Presse Aufsätze erschienen, die einer allgemeinen Sozialisierung des gesamten sächsischen Wirtschaftslebens das Wort reden, unabhängig von den Sozialisierungen im Reiche. Die sächsische Regierung legt Wert darauf, festzustellen, daß sie diesen Bestrebungen fernsteht, sie lehnt es insbesondere auch ab, das von den Herren Dr. Neurath, Kranold und Schumann empfohlene Programm in der vorgeschlagenen Form zu dem ihrigen zu machen.

Das Programm, das die Regierung der Volkskammer Sachsens vorzulegen gedenkt, ist wesentlich anders als die vorerwähnten Planungen. Soweit sächsische Unternehmungen zur Sozialisierung reif sind, wird und kann die sächsische Regierung nur im Einvernehmen und in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung handeln."

•

Der Vollzugsrat des Landes-Arbeiter- und Soldatenrates hat gestern seine am 10. Februar begonnenen Beratungen über den Kranoldschen Entwurf in Anwesenheit von Kranold, Dr. Neurath und Schumann fortgeführt. Die Aussprache war sehr eingehend und lebhaft. Sie bezog sich namentlich auf den Abschnitt I (vergleiche die Veröffentlichung in Nr. 35 der Dresdner Volkszeitung), der eine Anzahl strittiger Punkte enthält. Abschnitt I wurde schließlich von den Verfassern zurückgezogen. Zu den Abschnitt II und III faßte der Vollzugsrat folgenden

Beschluß:

Die Sozialisierung muß im Einklang mit den Bedürfnissen der Zeit stehen, und sie hängt vom Stande der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ab. Sie ist im wesentlichen eine Frage der Organisation und wird auch insofern bedingt durch die zur Zeit gegebene Verfassung des gesamten Wirtschaftskörpers. Danach ist die Sozialisierung eine Frage nicht nur der politischen Macht, sondern auch der praktisch organisatorischen und der theoretischen Durchdringung des Wirtschaftsorganismus. Die Theorie hat die Grundlagen der Sozialisierung zu untersuchen und die Planmäßigkeit der Sozialisierungsmaßnahmen zu begründen. Ihre Durchführung muß aber von den in der Wirklichkeit gegebenen Verhältnissen ausgehen. Die Praxis muß notwendigerweise die Theorie ergänzen. In diesem Sinne überweist der Vollzugsrat (Zentralrat) der Regierung Sachsens den vorliegenden Entwurf zur Berücksichtigung.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190220/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG